

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3 Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 19,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 10. Jänner 1989

Blatt 41

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Das Führungsteam für das SMZ Ost ist komplett (42)
- Große Plakataktion „Umweltbewußt einkaufen“ (45/46)
- Weltausstellung: Vor Gründung einer Kapitalgesellschaft (47)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan für Stammersdorf (43)

Wirtschaft:

- Wiener Arbeitsmarkt 1988 (44)

Das Führungsteam für das SMZ Ost ist komplett

Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA übergab Montag nachmittag im Wiener Rathaus die Bestellsdekrete an eine Reihe weiterer Abteilungs- und Institutsvorstände des künftigen Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Die kollegiale Führung und der Großteil der Primärärzte war bereits im Oktober des vergangenen Jahres ernannt worden. Damit ist nun das Führungsteam für das neue Donaustädter Krankenhaus komplett.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER unterstrich, daß die 1. Ausbaustufe des Krankenhauses mit 544 Betten und den dazugehörigen Untersuchungs- und Behandlungsbereichen termingerecht 1992, die 2. Ausbaustufe mit 256 Betten und den entsprechenden Ambulanzen — ebenfalls nach Plan — 1994 in Betrieb gehen werde. Es sei aber schon jetzt notwendig gewesen, die Führungskräfte zu bestellen, damit die Primärärzte noch bei der Detailplanung und vor allem bei der medizintechnischen Ausrüstung mitreden können. Dadurch sei sichergestellt, daß die Einrichtung des neuen Spitals dem letzten Stand der Wissenschaft und Technik entsprechen werde. Zu Abteilungs- und Institutsvorständen wurden bestellt:

2. Medizinische Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang HINTERBERGER, derzeit Oberarzt an der I. Medizinischen Universitätsklinik im AKH.

Dermatologische Abteilung: Univ.-Prof. Dr. Klaus KONRAD, derzeit Oberarzt an der I. Universitäts-Hautklinik im AKH.

Neurologische Abteilung: Dr. Wolfgang KRISTOFERITSCH, derzeit Oberarzt an der Neurologischen Abteilung des Wilhelminenspitals.

Interne Kinderabteilung: Univ.-Doz. Dr. Michael SACHER, derzeit Oberarzt an der Internen Abteilung des Preyer'schen Kinderspitals.

Institut für Nuklearmedizin: Univ.-Prof. Dr. Emil OGRIS, derzeit Vorstand des Instituts für Nuklearmedizin im Krankenhaus Lainz.

Institut für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde: Dr. Hans LANGER, derzeit Konsiliar-Facharzt am Franz-Josef-Spital.

Zentrallabor: Univ.-Doz. Dr. Kurt BAUER, derzeit Vorstand des Zentrallaboratoriums im Franz-Josef-Spital.

Gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ wies der Gesundheitsstadtrat darauf hin, daß die Inbetriebnahme des neuen Schwerpunktkrankenhauses im SMZ Ost natürlich voraussetze, daß Stationen oder Abteilungen in anderen städtischen Krankenanstalten geschlossen werden. Die Stadt Wien könne ja die Akutbetten in ihren Spitälern nicht vermehren, sondern müsse sie sogar verringern, um die Auflagen des Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds (KRAZAF) zu erfüllen.

Stacher hob hervor, daß Wien das erste österreichische Bundesland ist, das bereits im vergangenen Jahr die Krankenhausaufenthalte nach einem genauen Diagnoseschlüssel erfaßt hat. Die anderen Bundesländer führen diese Diagnose-Statistik erst 1989 ein. Die in Wien bereits vorhandenen Krankheitsdaten von 1988 aus den städtischen Spitälern werden nun ausgewertet und bilden die Grundlage für die Erstellung des neuen Zielplans für die städtischen Krankenanstalten. Ein wichtiges Anliegen dieses Zielplans ist die bestmögliche gleichmäßige Verteilung der Krankenhausaufenthalte über das Stadtgebiet. Der Zielplan wird daher auch festlegen, in welchen Spitälern in welchen Versorgungsräumen Stationen oder Abteilungen gesperrt werden können, ohne die Versorgung mit Krankenaufenthalten zu beeinträchtigen. (Schluß) sc/bs

Neuer Flächenwidmungsplan für Stammersdorf

Wien, 10.1. (RK-BEZIRKE) Für das Gebiet von Stammersdorf, für das seit Sommer 1986 eine Bausperre festgelegt war, wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Die wesentlichen Punkte sind dabei die Sicherung des örtlichen Erscheinungsbildes, unter anderem durch Ausweisung einer Schutzzone, sowie die Vorsorge für durchgrünte Wohngebiete.

Der Planentwurf (Plan Nr. 6122) liegt vom 12. Jänner bis 9. Februar in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr) zur Einsicht und Stellungnahme auf. Außerdem steht jeden Donnerstag von 14.30 bis 17.30 Uhr im Volkshaus Stammersdorf, Karl-Lothringer-Straße 26, ein Planungsfachmann für Auskünfte zur Verfügung. (Schluß) smo/gg

Wiener Arbeitsmarkt 1988

Wien, 10.1. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Im abgelaufenen Jahr 1988 ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Wien um rund 3.500 oder 0,5 Prozent auf 742.940 Beschäftigte gestiegen. Trotz dieses Zuwachses an Arbeitsplätzen ist die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahr in Wien ebenfalls um 611 oder 1,4 Prozent auf 43.089 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt gestiegen. Die Wiener Arbeitslosenrate betrug im Vorjahr 5,5 Prozent, sie lag damit erstmals seit langem um 0,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Diese Daten gab Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag in einem Pressegespräch bekannt.

Entspannter zeigte sich die Situation bei den jugendlichen Arbeitslosen. Ihre Zahl ging um 470 oder 5,3 Prozent auf 8.336 zurück, der Anteil der Jugendlichen an den Wiener Arbeitslosen verringerte sich von 20,7 auf 19,3 Prozent. Im Bundesdurchschnitt sind 26,6 Prozent der Arbeitslosen Jugendliche.

1989 keine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten

Für 1989 ist mit keiner weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit in Wien zu rechnen. Da ein Konjunkturaufschwung in Wien immer mit einer gewissen Zeitverzögerung einsetzt, kann für 1989 ein Anspringen der Wiener Konjunktur erwartet werden — die Arbeitslosigkeit dürfte daher sogar etwas geringer ausfallen als im Jahr 1988.

Ein besonderes Problem stellt die Langzeitarbeitslosigkeit in Wien dar. Im Jahresdurchschnitt 1988 waren in Wien rund 9.600 Personen länger als ein Jahr arbeitslos, davon rund 60 Prozent Männer und rund 40 Prozent Frauen. Über dieses Problem wird derzeit eine umfassende Studie durchgeführt, die Fertigstellung der Studie ist mit April 1989 vorgesehen.

Erste Ergebnisse dieser Studie zeigen, daß sich die Wiener Arbeitslosen in drei Gruppen einteilen lassen:

- hochqualifizierte Angestellte und Facharbeiter mit einem Anteil von 25 bis 30 Prozent an der Gesamtzahl der Arbeitslosen;
- Hilfskräfte und Gelegenheitsarbeiter mit einem Anteil von 20 bis 25 Prozent;
- durchschnittlich qualifizierte Arbeiter und Angestellte mit einem Anteil von 45 bis 55 Prozent an den Arbeitslosen.

Die letzte Gruppe der durchschnittlich Qualifizierten profitiert am ehesten von einer guten Konjunkturlage. Der größte Teil dieser Arbeitslosen findet bei entsprechender Eigeninitiative in einem Konjunkturaufschwung einen akzeptablen Arbeitsplatz. Schwieriger stellt sich das Problem für die besonders Qualifizierten dar: Diese sind zumeist über 40 Jahre alt, haben gut verdient und wurden oft wegen Betriebsverlegungen, Schließungen oder aus Kostengründen gekündigt. Die Suche nach einer anspruchsvollen und gut bezahlten Arbeit dauert länger. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich sind am ehesten in Form von Großprojekten möglich, da bei solchen Projekten zumeist hochqualifizierte Fachkräfte, auch mit entsprechender Lohnforderung, eingestellt werden. Am problematischsten ist die Situation bei den Hilfskräften und Gelegenheitsarbeitern. Hier könnten Projekte der experimentellen Arbeitsmarktpolitik — allerdings professioneller als bisher durchgeführt — helfen. (Forts.mgl.) sei/gal

Große Plakataktion „Umweltbewußt einkaufen“

Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) „Sanfte“ Reinigungsmittel ohne aggressive Chemikalien, treibgasfreie Sprays, Mehrwegflaschen und Recyclingpapier gehören zu den Produkten, die beim umweltbewußten Einkauf ganz vorne stehen. Darauf machen jetzt auch 24-Bogen-Plakate aufmerksam. Rund 800 dieser einprägsamen „Umweltbewußt einkaufen“-Plakate sind derzeit auf Plakatflächen in ganz Wien affiziert. „Diese Plakate, auf denen die wichtigsten umweltschonenden Produkte abgebildet sind, sollen die Konsumenten neuerlich an ihre Möglichkeit, auch beim täglichen Einkauf an die Umwelt zu denken, erinnern“, betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters dazu.

Was wir alle tun können:



Die Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ wurde Ende September vergangenen Jahres gestartet. Nach Gesprächen mit mehreren Handelsketten waren Konsum mit Stafa, Gerngroß Nimo, Forum, Herzmansky und Steffl, Interspar, Huma, Billa und Löwa bereit, mitzutun und durch eigene, von der Stadt Wien zur Verfügung gestellte Kleinplakate oder eigens gestaltete Regale auf umweltschonende Produkte — treibgasfreie Sprays, Recyclingprodukte, Mehrwegverpackungen, sanftere Reinigungsmittel usw. — aufmerksam zu machen. Über Inserate, durch speziell an die Geschäfte gerichtete Briefe und über den Bürgerdienst wurden außerdem Einzelhandelsgeschäfte eingeladen, bei der Aktion mitzumachen und den Konsumenten durch spezielle Plakate das umweltbewußte Einkaufen zu erleichtern. Bisher meldeten sich bei den Bürgerdienst-Stellen (zusätzlich zu den großen Handelsketten) ca. 50 Geschäfte, darunter die Gruppe l'Ultima (biologisch abbaubare Produkte in der Haarkosmetik), der Papiertiger (Recyclingpapier usw.), Reformhäuser, Friseure, Drogerien, Geschäfte für Haushaltsartikel, die umweltschonende Reinigungsmittel führen, Papierwarenhandlungen, zu deren Sortiment Recyclingpapier, unlackierte Bleistifte usw. gehören, Schuhgeschäfte, in denen Schuhpflegemittel ohne Treibgas angeboten werden, Diese Geschäfte erhielten vom Bürgerdienst ebenfalls Kleinplakate mit dem Hinweis „Hier können Sie umweltbewußt einkaufen“.

Zusätzlich wurde in Zusammenarbeit mit den Umweltberater(n)innen eine Liste umweltfreundlicherer Produkte aufgelegt, die in allen Bürgerdienststellen erhältlich und nach wie vor recht begehrt ist. Eine Neuauflage dieser Produktliste wird es im Frühjahr geben.

Auf die Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ — in deren Rahmen auch die neue Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung, Telefon 78 74 17 eröffnet wurde — hat die Stadt Wien außerdem auch durch Presseaussendungen und Inserate aufmerksam gemacht. Vor wenigen Wochen schrieb Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER außerdem 300 weitere Geschäfte persönlich an, um das an und für sich gute Echo auf die Aktion noch weiter zu verstärken.

Die derzeitige Plakataktion soll ein weiterer Denkanstoß in Richtung Umsteigen auf umweltfreundliche oder zumindest umweltschonende Produkte sein und Konsumenten einfach durch die Abbildung entsprechender Produkte anregen, zu treibgasfreien Sprays, Mehrwegflaschen usw. zu greifen.

Auch die MA 54 — Zentraler Einkauf — bemüht sich verstärkt um den Kauf umweltfreundlicherer Produkte; gemeinsam mit dem Ökologie-Institut werden nun auch wissenschaftliche Grundlagen für ein ökologisches Beschaffungswesen erarbeitet. (Schluß) hrs/gal

Forts. von Blatt 45

Weltausstellung: Vor Gründung einer Kapitalgesellschaft

Wien, 10.1. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR gab am Dienstag in einer Pressekonferenz bekannt, daß Bund und Stadt Wien übereingekommen sind, kurzfristig eine Kapitalgesellschaft mit einem Stammkapital von voraussichtlich zehn Millionen Schilling für die Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung zu gründen. In weiterer Folge sollen dann 74 Prozent der Anteile an Dritte (Private, eventuell aber auch öffentliche Interessenten, zum Beispiel Länder) abgegeben werden. Bund und Stadt Wien wollen jeweils 13 Prozent der Anteile an der Weltausstellungsgesellschaft halten.

Als politisches Steuerungs- und Koordinierungsinstrument soll ein 6er-Gremium eingesetzt werden, dem die Minister Graf, Lacina und Neisser, Vizebürgermeister Mayr sowie die Stadträte Busek und Swoboda angehören werden. Dieses Gremium soll die Eigentümerinteressen des Bundes sowie der Stadt Wien an der Weltausstellungsgesellschaft in **gemeinsamen** Beschlüssen formulieren.

Mayr betonte, daß der Weltausstellungsgesellschaft in maximaler Eigenständigkeit all das obliegen wird, was sich auf dem Gelände der EXPO selbst abspielen wird; der vorgesehene Ausbau der Infrastruktur bleibt natürlich in der Kompetenz der Gebietskörperschaften.

Swoboda: Forderungsliste an den Bund

Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA berichtete über die wesentlichen Inhalte der Forderungsliste, die die Stadt Wien dem Bund im Zusammenhang mit infrastrukturellen Leistungen für die Vorbereitung der Weltausstellung vorgelegt hat. Diese Liste, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, beinhaltet fünf Schwerpunkte:

- den öffentlichen Verkehr (Frequenzsteigerung der U 1, mögliche Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf)
- den Individualverkehr
- die Verknüpfung von öffentlichem Verkehr und Individualverkehr durch Park & Ride sowie Busstellplätze
- verkehrliche Maßnahmen im Schienen- und Straßenverkehr außerhalb Wiens
- kulturelle Infrastruktur (Nutzung des Messepalastes)

Die im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost abgestimmten Park & Ride-Stellplätze sollen durch etwa 6.000 bis 7.000 Plätze ergänzt werden, um dem Ziel gerecht zu werden, das durch die Weltausstellung erzeugte Verkehrsaufkommen weitestgehend im öffentlichen Verkehr abwickeln zu können.

Zur Nutzung des Nordbahnhofes berichtete Swoboda, daß sich Vertreter Wiens und der ÖBB auf eine gemeinsame Studie geeinigt haben, die bis Ende Februar 1989 klären soll, welche Teile des Nordbahnhofes zu welchem Zeitpunkt frei werden, und die Grundlage für ein Frachtenkonzept für Wien für die nächsten 10 bis 20 Jahre sein soll. (Schluß) ger/lf/rr